

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, Martin Hess, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/10808 –**

Finanzierung der Kampagne gegen Desinformation „Jahr der Nachricht“ durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat

Vorbemerkung der Fragesteller

Laut einem Bericht des Nachrichtenportals NiUS.de vom 13. März 2024 (www.nius.de/kommentar/medien-skandal-faeser-pumpt-steuergeld-in-deutsche-wichtigsten-nachrichten-lieferanten/f7517e9c-3b16-4116-a059-c20a33bf0747) finanziert das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) eine Kampe der Deutschen Presseagentur (dpa) unter dem Titel „Jahr der Nachricht“ mit dem Slogan „Vertraue Nachrichten, die stimmen statt Stimmung machen“ (www.jahrdernachricht.de). Wie es in dem Bericht heißt, soll es sich dabei um eine „Kampagne gegen Desinformation“ zu den Themen „Klimawandel, Rechtsextremismus und Ampel-Streit“ handeln.

In einer Pressemitteilung der UseTheNews gmbH/dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH vom 28. Februar 2024 (www.presseportal.de/pm/168022/5723844) heißt es ausdrücklich: „Unterstützt wird das Projekt von einem Kuratorium aus namhaften Persönlichkeiten aus Medien und Politik. Das ‚Jahr der Nachricht‘ wird außerdem gefördert von der Madsack Stiftung, der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI)“. Da es sich bei der Bundeszentrale für politische Bildung um eine Bundesanstalt im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums handelt, läge sogar eine Doppelfinanzierung im Rahmen des Haushalts des Innenressorts vor.

In einem weiteren Bericht des Nachrichtenportals NiUS.de vom 14. März 2024 (www.nius.de/politik/staatlich-finanzierte-nachrichten-nancy-faeser-zahlt-eine-million-euro-an-dpa/5b28ae1b-f312-4246-afb0-5c4cb9868450) heißt es, das BMI fördere die Desinformationskampagne mit 1 Mio. Euro, die bpb mit je 30 000 Euro in den Jahren 2023 und 2024.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung fördert keine Kampagne unter dem Titel „Jahr der Nachricht“ mit dem Slogan „Vertraue Nachrichten, die stimmen statt Stimmung machen“.

Diese Kommunikationskampagne wird nach Kenntnis der Bundesregierung allein von der Initiative #UseTheNews finanziert, einem breiten Bündnis von Medienhäusern, Landesmedienanstalten, Bildungsinstitutionen und Stiftungen.

Die Bundesregierung fördert demgegenüber das Projekt „Jahr der Nachricht“ durch die Gewährung einer Zuwendung gemäß den §§ 23, 44 der Bundeshaushaltsordnung (BHO). Gegenstand dieser Förderung sind drei Kernelemente des Projekts: Social News Desk, Newscamps und Modellprojekte. Alle drei Kernelemente zielen durch interaktive Formate auf eine Stärkung der Medien- und Nachrichtenkompetenz vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Trägerin dieses Projekts ist die UseTheNews gGmbH. Zweck der UseTheNews gGmbH ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie der Bildung mit dem Ziel, auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse den kompetenten Umgang mit Informationen und Nachrichten in der Bevölkerung, insbesondere unter jungen Menschen, zu fördern. Die Förderung des Projekts wurde durch die Bundesregierung für den Zeitraum vom 1. November 2023 bis 31. Dezember 2024 bis zu einem Höchstbetrag von 1 Million Euro bewilligt. Das Ziel der Förderung des Projekts „Jahr der Nachricht“ durch die Bundesregierung ist die Erhöhung der Nachrichten- und Medienkompetenz, gerade der jüngeren Bürgerinnen und Bürger, sowie die Stärkung der Resilienz gegen Desinformation.

Die von der UseTheNews gGmbH im Rahmen des Projekts „Jahr der Nachricht“ produzierten und verbreiteten Inhalte werden unabhängig von der Bundesregierung erstellt und geben nicht die Position der Bundesregierung wieder. Die Bundesregierung nimmt keinen Einfluss auf die redaktionelle und journalistische Unabhängigkeit der UseTheNews gGmbH.

Darüber hinaus kooperiert die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 mit der UseTheNews gGmbH bei der Durchführung des medienpädagogischen Projekts „Newscamps“, das einen Teil des Gesamtprojekts „Jahr der Nachricht“ darstellt. Die BpB hat im Rahmen dieser Kooperation für 2023 und 2024 Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 30.000 Euro eingeplant.

1. Finanziert das BMI die „Kampagne gegen Desinformation“?

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) fördert keine Kampagne unter dem Titel „Jahr der Nachricht“ mit dem Slogan „Vertraue Nachrichten, die stimmen statt Stimmung machen“. Ferner wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

2. Finanziert die dem BMI nachgeordnete bpb diese Kampagne?

Die BpB fördert keine Kampagne unter dem Titel „Jahr der Nachricht“ mit dem Slogan „Vertraue Nachrichten, die stimmen statt Stimmung machen“. Ferner wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

3. Sind noch weitere Bundesministerien bzw. Bundesbehörden an der Finanzierung dieser Kampagne beteiligt?

Die o. g. Kampagne wird nicht durch Haushaltsmittel von Bundesministerien bzw. Bundesbehörden finanziert.

4. Aus welchen Haushaltsmitteln finanziert das BMI die Kampagne?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 sowie die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

5. Aus welchen Haushaltsmitteln finanziert die bpb die Kampagne?

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 sowie die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

6. In welcher exakten Höhe finanziert das BMI die Kampagne?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 sowie die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

7. In welcher exakten Höhe finanziert die bpb die Kampagne?

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 sowie die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

8. Wie hoch sind die Gesamtkosten der Kampagne?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse zu den Gesamtkosten der Kampagne unter dem Titel „Jahr der Nachricht“ mit dem Slogan „Vertraue Nachrichten, die stimmen statt Stimmung machen“ vor.

9. Aus welchem Grund bzw. zur Erfüllung welcher staatlichen Aufgabe finanziert das BMI die Kampagne?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 sowie die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

10. Aus welchem Grund bzw. zur Erfüllung welcher staatlichen Aufgabe finanziert das bpb die Kampagne?

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 sowie die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

11. Auf welcher Rechtsgrundlage finanziert das BMI die Kampagne?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 sowie die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

12. Auf welcher Rechtsgrundlage finanziert das bpb die Kampagne?

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 sowie die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

13. Wer hat die finanzielle Unterstützung der Kampagne im BMI initiiert?
14. Wie lief der Abstimmungsprozess innerhalb des BMI von der Idee bis hin zur Umsetzung, und welche Rolle spielte hierbei die Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser?

Die Fragen 13 und 14 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 sowie die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

15. Gab es eine Anweisung an die bpb zur finanziellen Unterstützung der Kampagne, und wenn ja, wann, und durch welchen Entscheidungsträger?

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 sowie die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

16. Beabsichtigt die Bundesregierung, weitere Kampagnen zu diesem oder einem ähnlich gelagerten Thema zu finanzieren, und wenn ja, welche, und wie hoch ist das Finanzierungsvolumen?

Zum jetzigen Zeitpunkt ist keine Finanzierung einer Kampagne gegen Desinformation durch die Bundesregierung geplant.

17. Wer entscheidet aus Sicht der Bundesregierung, wann es sich um eine Desinformation zu den Themen „Klimawandel, Rechtsextremismus und Ampel-Streit“ handelt und wann nicht?
18. Wer soll aus Sicht der Bundesregierung darüber entscheiden, welche Nachrichten „Stimmung machen“?
19. Können nach Auffassung der Bundesregierung nicht auch gerade Informationen, die faktisch stimmen, die „Stimmung“ in der Bevölkerung beeinflussen?

Die Fragen 17 bis 19 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Zitate stammen von der Webseite von #UseTheNews. Die Bundesregierung nimmt keine inhaltliche Bewertung der dortigen, unabhängig erstellten Inhalte vor.